

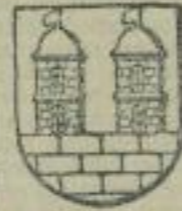
Wilsdruffer Tageblatt

Verleger Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Bestellt täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsabnahme monatlich 4 Mk., durch unser Postamt 12.50 Mk. im Vorauszahlung. Die Postämter sind verpflichtet, die Bestellungen zu übernehmen und die Zeitungen zu liefern. In allen anderen Fällen ist die Bestellerin verpflichtet, die Zeitungen selbst abzuholen. Die Bestellerin ist verpflichtet, die Zeitungen zu bezahlen. In allen anderen Fällen ist die Bestellerin verpflichtet, die Zeitungen selbst abzuholen.



Interaktion 1 Mk. für die 60-jährige Jubiläumsgabe über deren Name, Lebenslauf 90 Pfg., Kellern 2.50 Mk. Bei Bestellung und Zahlungstrag einbehalten. Bestellungen im amtlichen Teil nur von Behörden. Die Bestellungen sind zu leisten. Nachzahlungsbetrag 50 Pfg. Anzeigenpreise sind vorab zu zahlen. Für die Nachzahlung der Druckkosten übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Jeder Nachzahlungsbetrag ist zu leisten. Die Bestellungen sind zu leisten. Nachzahlungsbetrag 50 Pfg. Anzeigenpreise sind vorab zu zahlen. Für die Nachzahlung der Druckkosten übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Jeder Nachzahlungsbetrag ist zu leisten.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inzerenten: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 51.

Mittwoch den 2. März 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Montag den 7. März 1921 vormittags 8 Uhr

wird im Verhandlungslokal des amtshauptmannschaftlichen Dienstgebäudes

Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses

abgehalten werden.

Die Tagesordnung hängt vom 3. März 1921 ab im Anmeldezimmer der Amtshauptmannschaft aus.

Meißen, am 28. Februar 1921.

2635

Der Amtshauptmann.

Donnerstag den 3. März vormittags von 9—12 Uhr gegen Vorzeigung der

Bens Ausgabe von Hafermehl an Minderbemittelte.

Wilsdruff, am 1. März 1921.

2627

Der Stadtrat.

Kesselsdorf.

In den nächsten Tagen trifft ein Waggon Briketts ein. Bestellungen sind sofort bei der Fa. P. Heinsmann zu bewirken.

Kesselsdorf, am 1. März 1921

2428

Der Gemeindevorstand.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Am Mittwoch fangen in London die Beratungen mit den deutschen Delegierten an.

* Nach dem Friedensvertrag muß Deutschland auch 100 Millionen an Entente abliefern.

* Der frühere deutsche Gesandte in Stockholm, Freiherr v. Lucius, ist in das auswärtige Amt berufen worden.

* Der Zentrumsabgeordnete Dr. Vorker erklärt, daß er keinen preussischen Ministerposten annehmen werde.

* Der Prozeß gegen den Hauptmann v. Kessel beginnt am 15. März vor dem außerordentlichen Schwurgericht des Landgerichts in Berlin.

* In Tirol wird am 24. April über den Anschluß an Deutschland abgestimmt.

* In Cork wurden sechs Sinnfeiner wegen Teilnahme an Angriffen gegen die Truppen hingerichtet.

Antreten zum Turnier!

In London ist alles zum Empfang der deutschen „Gäste“ bereit, und 24 Stunden darf Dr. Simons und seine Begleitung von seiner weiten Reise verschlafen, ehe er zum Turnier mit den ersten Preisringern von England und Frankreich antreten muß. Eherliches Spiel — fair play, wie die Engländer es nennen — wird hier nicht getrieben, denn Engländer und Franzosen sitzen schon seit einer Woche beisammen, um den Waffengang, vor dem sie stehen, bis in alle Einzelheiten hinein miteinander zu beraten; selbst die Generale Fox und Blythe sind schon seit Tagen in London zur Stelle, um beizeiten das Schwert schärfen zu lassen, mit dem der Deutsche erschlagen werden soll, wenn er nicht tut, was ihm befohlen wird. So wird der deutsche Bevollmächtigte sich mit eiserner Ruhe wappnen müssen, wenn er das Spiel nicht von vornherein verloren geben soll.

Werden Engländer und Franzosen die gemeinsame Marschroute finden, von der, wie sie glauben, für die Entente alles Heil der Zukunft abhängt? Von Lloyd George, für den wieder einmal eine große Stunde gekommen ist, kann man nur sagen: weiß man denn, woran er glaubt? In Paris hätte er den Franzosen an einem Tage eine große Szene gemacht wegen der unwichtigen Verbindung, mit der sie Deutschland zugleich auspressen und arbeitsunfähig machen wollten, um schon am nächsten Tage sich freudig zu den berühmten Beschlüssen zu bekennen, von denen er sicher sein konnte, daß sie in Deutschland einen Schrei des Entsetzens auslösen würden. Seitdem hat er in der Heimat manches Wort gesprochen, daß sich mit diesen Pariser Abmachungen nicht recht zu vertragen schien, und je näher der Tag der Londoner Konferenz heranrückte, desto geflüstelter lief es gegenüber den militärischen die wirtschaftlichen „Sanktionen“ in den Vordergrund schieben, die ihm vielleicht mit Rücksicht auf das Urteil der Welt etwas weniger anstößig zu sein schienen. Wir Deutschen müssen darüber freilich ganz anders denken, denn was die Franzosen auch ganz abseits von militärischen Strafmaßnahmen, lediglich im Bereiche von zivilen Verwaltungsmaßnahmen, wie sie ihnen z. B. im Saargebiet oder in Oberschlesien eingeräumt sind, an Vergewaltigungen leisten können, dafür liefert uns jeder Tag, den Gott werden läßt, die himmelschreiendsten Beweise. Doch soweit sind wir ja noch nicht. Borelli weiß man in London noch gar nicht, wie die deutschen Gegenanschläge aussehen werden. Und doch läßt der britische Premierminister der Welt bereits verstanden, daß er am Mittwoch auf die zu erwartenden Ausführungen des deutschen Vertreters antworten werde, um danach die ganze Frage der Wiedergutmachung gemischten Sachverständigenausschüssen zu überweisen, die ihre Aufgabe bis zum Freitag beendet haben müßten. Es soll sich also das Verfahren von Spa tatsächlich in London wiederholen. Man will allenfalls Herrn Dr. Simons einmal zum Worte verhalten — abzuwarten, wie hinzugefügt wird, ohne ein Zurückkommen auf die Frage der Schuld am Kriege zuzulassen, — danach soll alles weitere im Dunkel von Ausschussberatungen erledigt werden, wo man ja auf die Vertreter von nicht alliierten und nicht assoziierten Ländern keine Rücksicht zu nehmen braucht. Um so niederschmetternder läßt sich dann das Referat gestalten, mit dem man nachher wieder zur Vollversammlung zurückkehrt, und das neue Strafgericht, das den Deutschen zugesandt ist, läßt sich um so bequemer mit moralisierenden Begründungen versehen. So ungefähr scheinen die Herren in London sich die Sache zu den-

ken. Allenfalls bereiten sie sich auf das „Zugehörnis“ vor, statt der zweieinhalbzig Jahreszahlungen, die sie in Paris festgelegt haben, „nur“ dreißig Zahlungen schuldigen, natürlich ohne Herabminderung der Gesamtsumme, so daß die von der Entente vorgesehene Jahresbeiträge sich gar noch um 1 Milliarde 300 Millionen Goldmark erhöhen würden. Um sich eine Art Rechtsboden für solche Forderungen zu schaffen, läßt man allerhand sabelhafte Schilderungen über den unbändigen Wohlstand verbreiten, der sich in Deutschland mehr und mehr bemerkbar mache, und ist so dabei, eine Atmosphäre zu schaffen, die jede erträgliche Verständigung von vornherein ausschließen muß.

In diesen ganzen Nebelwahn von Argwohn und Mißtrauen, von Böswilligkeit und Unfug soll nun Herr Dr. Simons mit der ganzen Richtigkeit seines Wesens hineinfallen. Bei jedem Wort, das er zu sprechen hat, wird ihm die ganze unermessliche Feindseligkeit einer von Wahnsinnseurene besessenen Welt entgegenströmen. Er wird, solange es geht, versuchen, sich mit allen Mitteln der Diplomatie, mit allen guten Gründen, die er nur aufzutreiben vermag, zu wehren, aber niemand kann dafür stehen, daß er nicht sehr bald genötigt sein wird, zu dem letzten Hilfsmittel zu greifen, das uns den vorgefahrenen Meinungen gegenüber, mit denen wir es zu tun haben, geblieben ist: Deutsch zu reden! Deutsch zu reden mit dem Junker Flohd George, dem es auf eine Handvoll Millionen von frischen Gräbern in Deutschland nicht ankommt, deutsch zu reden mit Briand, der nur an die Milliarden-Schnur seiner Kapitalisten und Rentner denkt, und lieber den Kriegszustand in Europa verewigen möchte, als auch nur den Schein eines Entgegenkommens an die Besiegten auf sich zu laden.

Tausendfach ist unserer Vertretung für London der Ruf mit auf die Reise gegeben worden: Bleibt fest, bleibt fest. Es steht nun bei Herrn Dr. Simons, diesen Ruf stets im Ohre zu behalten und gerade dann am getreulichsten, wenn der Kampf um ihn her am wildesten tobt.

Abstimmungsvorschriften für Oberschlesien.

Passierscheine und Stimmzettel.

Die Interalliierte Kommission hat die Bestimmungen über die am 20. März stattfindende Abstimmung in Oberschlesien herausgegeben. Darin heißt es unter anderem:

Die Abstimmung findet am Sonntag, den 20. März, für das gesamte oberschlesische Gebiet und für alle stimmberechtigten Kategorien statt. Der Passierschein gilt als Pass und muß vom paritätischen Ausschuss des Ortes beantragt werden, in dem abgestimmt wird. Die Passierscheine gelten gleichzeitig als Wahlkarten. Die Personen der Kategorien A und C erhalten den Passierschein von dem paritätischen Ausschuss ihres Abstimmungsortes. Die Personen der Kategorien D erhalten einen ähnlichen Passierschein und diejenigen der Kategorie B erhalten denselben Passierschein, den aber der paritätische Ausschuss des Ortes, in dem sie eingetragen sind, ausstellt. Personen, deren Gesundheitszustand eine Begleitung erforderlich macht, können auch für den Begleiter einen Passierschein erhalten. Für die Passierscheine ist kein Nimm eines französischen Konsulats erforderlich. Die Abstimmung erfolgt mit einem Stimmzettel aus weißem Papier mit schwarzem Druck. Die eine Kategorie trägt den Vermerk: „Polen-Polen“. Die zweite Kategorie den Vermerk: „Deutschland-Russland“. Zettel, Umschläge und Urne werden von der Regierungs-Kommission geliefert. Die Abstimmung dauert von früh acht bis acht Uhr abends. Einzelbestimmungen.

Ungültig sind 1. Stimmzettel, die nicht das vorschrittmäßige Muster haben, 2. Stimmzettel mit Merkmalen, die eine Verletzung des Abstimmungsgeheimnisses bezwecken, 3. Stimmzettel mit Zusätzen oder Streichungen, 4. Stimmzettel ohne Ausdruck, 5. Stimmzettel, die ohne Umschlag gefunden wurden, 6. Stimmzettel in unvorschriftsmäßigen Umschlägen. Jeder Umschlag darf nur einen Stimmzettel enthalten. Sind mehrere darin, aber von der gleichen Kategorie, so werden sie als eine Stimme gezählt. Sind sie verschiedener Kategorie, so sind sie alle ungültig. Im Falle, daß über die Gültigkeit der Stimmzettel keine Einigkeit im Wahlbureau erzielt werden kann, gelten sämtliche Zettel als angezogen, wodurch ihre Berechnung ausgeschlossen ist; die Entscheidung liegt bei dem Interalliierten Bureau. Dieses prüft die Abstimmungshandlung, entscheidet über die fristigen Fälle und die angezogenen Stimmzettel und stellt die endgültigen Ergebnisse der Ab-

stimmung fest. Der Gesamtbericht des Interalliierten Bureaus mit den Vorschlägen bezüglich der Gültigkeit der Abstimmungshandlung geht an die Regierungskommission, die in letzter Instanz über die Gültigkeit entscheidet und das Ergebnis bestätigt. Wo es angezogen wird, findet an einem noch zu bestimmenden Tage ein zweiter Wahlgang statt.

Nordfrankreichs Wiederaufbau.

Deutschlands Mitarbeiterwünsche.

In der öffentlichen Meinung Frankreichs hat sich ohne Zweifel während der letzten Monate ein Umsturz vollzogen in bezug auf die Teilnahme Deutschlands an dem Wiederaufbau der durch den Krieg verwüsteten Departements Nordfrankreichs. Der Grund ist offenbar darin zu suchen, daß sich die französische Verwaltung unfähig erwies, diese Riesenarbeit durchzuführen, so daß die Bevölkerung selbst die unmittelbare Mitarbeit Deutschlands dem bisherigen System der zweifelsausgetheilten Unterstützung vorzieht. Die französische Regierung hat unter dem Einfluß der französischen Großindustrie lange den Gedanken einer Mitarbeit der deutschen Industrie beim Wiederaufbau abgelehnt unter dem Vorwand, daß die Bevölkerung des Nordens sich gegen die

Heranziehung deutscher Ingenieure und Arbeiter

ausnehmen würde. Während der letzten Monate ist nun gerade von den Arbeitern der Industriebezirke des Nordens gegen diese Behauptung Widerspruch erhoben worden, und der allgemeine Gewerkschaftsverband hat eine Abordnung in das Kriegsgebiet geschickt, die ein vollständiges Programm für den Wiederaufbau auf der Grundlage der Zusammenarbeit mit den deutschen Gewerkschaften ausgearbeitet hat. Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ tritt seit mehreren Wochen für dieses Programm ein, und dagegen erhebt die nationalistische Presse keinen Widerspruch. Andererseits hat der radikale Deputierte Henneff, der zu den Vertretern Frankreichs auf der Genfer Völkerversammlung gehörte, der Regierung und der Reparationskommission einen ähnlichen auf die deutsche Mitarbeit begründeten Plan unterbreitet, der von der linksrepublikanischen „Nouvelle“ eifrig unterstützt wird. Die Regierung Briand hat, wie „Le Peuple“ feststellt, Gelegenheit gehabt, diese Vorschläge zu prüfen. Es wird sich aber erst in London selbst herausstellen, ob sie jenen ebenso ablehnend gegenübersteht wie die früheren Regierungen oder nicht. „Le Peuple“ stellt fest, daß das ganze Ergebnis der Konferenz in London von der Annahme oder Ablehnung der deutschen Mitarbeit bei dem Wiederaufbau in Nordfrankreich abhängt. Über die Stellungnahme des Wiederaufbauministers Loucheur in der Frage der deutschen Mitarbeit läßt sich vorläufig kein bestimmtes Urteil fällen.

Seltene Sachverständige.

Nach den neuesten Meldungen aus Brüssel hat die Brüsseler Sachverständigenkonferenz den alliierten Regierungen einen zweiten, vom 20. Februar datierten Bericht unterbreitet. Darin heißt es, die wirtschaftliche Lage Deutschlands sei wahrscheinlich augenblicklich günstiger als in irgend einem anderen Lande Europas (!). Es werde schwer sein, zu beweisen, daß der in Paris festgelegte Reparationsbetrag Deutschlands Leistungsfähigkeit übersteige.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Zur Regierungsbildung in Preußen.

Die Vertreter der Mehrheitssozialisten vom Oberhain und dem besetzten und unbefestigten Niederrhein haben in einer Konferenz in Düsseldorf zur Regierungsbildung in Preußen Stellung genommen. Nach einem Referat des Abgeordneten Limpert aus Essen wurde einstimmig beschlossen, eine Erweiterung der Koalition nach rechts abzulehnen. Die alte Koalition, bestehend aus Mehrheitssozialisten, Demokraten und Zentrum, sei vollständig in der Lage, die Regierungsgeschäfte weiterzuführen.

Deutsches Kriegsmaterial in Holland.

Der holländische Kriegsminister teilt mit, daß sich von dem in Holland festgehaltenen Kriegsmaterial fremder Mächte nur noch deutsches Material befindet, und zwar 46 000 Gewehre, 12 000 Karabiner, 2400 Revolver, 60 000

Bajonette, 25 Mill. Patronen, 300 Maschinengewehre, 3 Flugzeuge, 2 Flugzeugmotoren, 21 Kanonen, 1600 Kartätschen, einige Selbstfahrgeschütze, Munitionswagen, Bombenwerfer und eine große Menge Handgranaten usw. Der Abtransport wird verzögert, weil die Unterhandlungen zwischen der deutschen Regierung und den Verbündeten noch im Gange sind.

Danzig unter Aufsicht.

Der Völkerbundsrat prüfte das von der Stadt Danzig gestellte Verlangen, für Fern 50 000 Gewehre herstellen zu dürfen. Es wird darin geltend gemacht, die Waffenfabrik, um die es sich handele, habe ehemals dem Deutschen Reich gehört, sei aber vorübergehend in den Besitz der allierten Großmächte übergegangen. Nachdem der japanische Botschafter über den Antrag Bericht erstattet hatte, lehnte der Völkerbundsrat das Verlangen Danzigs ab.

Reisekostenverordnung für Reichsbeamte.

Das Reichsfinanzministerium hat eine Reisekostenverordnung für die Reichsbeamten im Entwurf fertiggestellt. Dadurch soll der Grundlosh durchgeföhrt werden, daß den Beamten nur der mit der Dienstreise verbundene Aufwand ersetzt wird. Das System der Kilometergelder, das sich besonderer Beliebtheit erfreute, wird dagegen weggelassen. Das volle Tagegeld soll für die Beamten bis zur fünften Besoldungsgruppe 28 M., bis zur achten 32 M., bis zur zwölften 36 M., für die dreizehnte 40 M. und für die Beamten mit Einzelgehältern 48 M. betragen. Das Übernachtungsgeld beträgt die Hälfte dieser Sätze. Bei Reisen wird den Beamten bis zur fünften Gruppe die 2. Schiffs- oder 3. Wagenklasse ersetzt, den Beamten bis zur sechsten Gruppe die 1. Schiffs- oder 2. Wagenklasse, die übrigen dürfen die 1. Schiffs- oder Wagenklasse benutzen.

Freiassung des Landrats von Neuf.

Landrat Frhr. v. Luenind in Neuf, der vor kurzem vom belgischen Kriegsgericht in Aachen wegen Ungehorsams gegen einen militärischen Befehl zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden war, ist auf den von Reichskommissar v. Sturz an den belgischen Oberkommissar Robin-Jacquemins gerichteten Antrag aus der Haft entlassen worden.

Japan.

Der Streit um die deutsche Insel Yap. Maßgebende japanische Kreise sind der Ansicht, daß Japan darauf bestehen wird, die Mandatarmacht für die Insel Yap zu sein. Japan wird seine Ansprüche auf den vom Obersten Rat im Mai 1919 gefaßten Beschluß gründen.

Deutsch-Osterreich.

Anschlußabstimmung in Tirol. Der Antrag der Parteimänner des Tiroler Landtages, die Volksabstimmung über den Anschluß an Deutschland am 24. April vorzunehmen, ist vom Tiroler Landtag angenommen worden. Die einzige Frage, die bei der Abstimmung zu beantworten ist, lautet: „Wird der Anschluß an das Deutsche Reich gefordert?“ Abg. Straßner betonte, daß der Friedensvertrag von St. Germain den Beschluß Deutsch-Osterreichs an Deutschland nicht verbiete, wohl aber die Selbstständigkeit des Osterreichischen Staates garantiert habe, so daß die Abstimmung keineswegs im Widerspruch zu dem Vertrag ließe.

Amerika.

Beschränkung der Einwanderung. Das Repräsentantenhaus hat das vom Senat genehmigte Einwanderungsgesetz angenommen. Danach wird vom 1. April an für die Dauer von fünfzehn Monaten die Zahl der Einwanderer einer jeden Nationalität auf drei Prozent der Ausländer dieser Nationalität festgesetzt, die zurzeit der Volkszählung von 1910 sich in den Vereinigten Staaten niedergelassen hatten.

Deutscher Reichstag.

71. Sitzung. **28. Februar.**
Das besse als in den letzten Tagen besuchte Haus nahm heute zuerst den auf gemeinsamen Antrag aller Parteien eingebrachten Gesetzentwurf über Änderung der Bekanntmachung des Grundbesitzes auf der Grundbesitzkarte von 1916 ohne Debatte in allen drei Lesungen an. Darauf folgte die Beratung des Gesetzentwurfs über die

Verlängerung der Geltungsdauer des Entwaffnungsgesetzes.

Abg. Rossmann (Unabh.) erörterte gegen die bayerischen Entwaffnungsgesetze. Ein Grund für ihr Verbot sei nicht mehr vorhanden und sie würden jetzt nur als Sech der Bewann-

schluß an zusehen sein. Die jetzige bayerische Regierung stellt sich mehr und mehr in den Dienst der Reaktion. Der Redner begründete schließlich seinen Antrag auf schleunige Entwaffnung und Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren und Ausdehnung der Waffenablieferungspflicht auch auf einzelngehörige Geschütze und Gewehre.

Reichsminister des Innern, Koch, gab darauf namens der Reichsregierung eine Erklärung ab, in der es hieß, die Reichsregierung hat die für ein waffenloses Volk so schwere Aufgabe der Entwaffnung in die Hand genommen und werde die Durchführung innerhalb der gefestigten Frist durchzuführen wissen. Dabei wird sie sich auf die bündigen Erklärungen der bayerischen Regierung stützen. Heute, am Vorabend der Londoner Konferenz, will die Regierung eingehende Erörterungen dieser Frage vermeiden; sie hält es vielmehr für ihre Pflicht, die Einseitigkeit des deutschen Volkes aufrecht zu erhalten.

Abg. Vogel (Soz.) wandte sich alsdann ebenfalls gegen das Verhalten der bayerischen Regierung, die den Maßnahmen der Reichsregierung zum mindesten passiven Widerstand leiste. Mündliche Zusicherungen des Herrn v. Koch seien wertlos. Eicherich kommuniste in Bayern und rate jedem, der Bayern zur Vornahme der Entwaffnung betreten wolle, vorher sein Testament zu machen. Bei seinen weiteren Ausführungen wurde Redner wiederholt von der Rechten und vom Zentrum unterbrochen. Er behauptete, der Widerstand der bayerischen Kreise gegen die Reichsregierung scheine ihm aus einem Einverständnis mit der Entente zu beruhen. Weiter erklärte der Redner, man habe nichts anderes im Auge, als die Wiederherstellung der Monarchie in Bayern und Anschluß Osterreichs an Bayern. Der Redner erwähnte dann verschiedene Einzelheiten und schloß mit der Erklärung: Wenn wir dem vorliegenden Gesetzentwurf zustimmen, dann geschieht es in der Erwartung, daß die Reichsregierung entschieden die Rechte des Reiches gegen die bayerische Regierung durchsetze.

Abg. v. Gracle (Deutsch.) behauptete, daß eine solche Debatte überhaupt möglich sei, während unsere Delegierten sich auf der Reise nach London befinden. Die Tiraden der Unabhängigen werden auf das deutsche Volk keinen Eindruck mehr machen, selbst die französischen Offiziere erklären, sie müßten widerwillig, weil es „Deutsche Schüsse“ gibt, die immer wieder verfluchte Waffen anzeigen.

Abg. Dr. Lehl (Komm.) bezeichnet die Art der Durchführung des Entwaffnungsgesetzes als einen Heben auf die Verpechungen der Regierung, daß gleichmäßig gegen rechts und links vorgegangen werden würde.

Abg. Schillinghaus (D. S.) gab namens der deutschen Volkspartei, des Zentrums und der deutschdemokratischen Partei die Erklärung ab, daß im gegenwärtigen Augenblick die Entschließung der Unabhängigen für eine unnötige Störung der Londoner Verhandlungen gehalten wird. Wir lehnen diese Störung ab und stimmen der Vorlage zu.

Abg. Heim (Bayer. Volksp.) wies die Behauptungen der Linken über die bayerischen Verhältnisse und die bayerische Regierung zurück. Es sei nicht wahr, daß die bayerische Regierung eine Gefangene der „Orge“ sei. Das Statut der bayerischen Einwohnerwehren sei von einem sozialistischen Minister gemacht worden. Eicherich ist ein so einwandfreier Mann, daß ich es, sagte Heim, für eine Freigabe halten würde, wenn ich hier nicht für ihn Zeugnis ablate.

Abg. Straßer (Soz.) griff ebenfalls die bayerische Regierung an, der er vorwarf, daß sie sich zweifelhaft benommen habe. Der Betreuer Bayerns, Herr v. Freger, zeigte sich heute hier schon gar nicht, da er bei der bayerischen Regierung nicht durch sei.

Abg. Straßmann (Deutschl.) wandte sich gegen die Sozialdemokraten und sprach ihnen das Recht ab, hier als Augenwischler aufzutreten.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.) richtete nochmals scharfe Angriffe gegen die bayerische Regierung und die bayerischen Einwohnerwehren. Nach einer Erwiderung des Entwaffnungs-Kommissars Dr. Peters und einer nochmaligen Antwort Dr. Rosenfelds kam es zur Abstimmung.

Die Vorlage wurde in allen drei Lesungen angenommen, worauf sich das Haus dem Etat des Finanzministeriums zuwandte.

Rinaldo Rinaldini vor Berlin.

Räuberischer Überfall auf einen Autoomnibus.

Berlin, 28. Februar.

Eine Räubergeschichte, die an romantische Abenteuer, wie sie in Texas, in Mexiko oder in den Abruzzen an der Tageordnung sein mögen, erinnert, hat sich in der nächsten Umgebung von Berlin abgespielt.

Bei Strausberg wurde ein mit zwanzig Personen besetzter Autoomnibus, der zwischen dem Strausberger Bahnhof und Weizen verkehrt, während der Fahrt von einer bewaffneten Räuberbande überfallen. Alle Passagiere wurden angegriffen.

Der Omnibus befand sich gegen 10 Uhr abends auf einer Landstraße, die auf beiden Seiten von angedeckten Schonungen begrenzt ist. In der Dunkelheit stieß der Wagenführer plötzlich auf ein Hindernis. Es stellte sich heraus, daß mitten auf der Straße ein Mann lag, der anscheinend stark betrunken war. Der Fahrer und sein Be-

gleitmann stiegen vom Wagen, um dem Ranne beizujehren. Als sie sich zu ihm niederbeugten, sprang der angeblich Betrunkenen plötzlich auf die Füße, hielt den beiden Autoführern einen schon bereiten Revolver vor die Brust und schrie: „Ihr räthrt euch nicht von der Stelle!“ In dem gleichen Augenblick wurde es im Wagen lebendig. Zwei Fahrgäste hatten ihre Revolver herausgezogen, aber anstatt den Chauffeuren beizustehen, wandten sie sich gegen die Passagiere mit dem Ruf: „Sä u b e h o c h, o d e r w i r s c h l e ß e n!“ Einer der Räuber stieß einen schrillen Pfiff aus. Auf dieses Zeichen sprangen aus der Schonung vier Männer hervor, die den Omnibus mit gezogenen Schusswaffen umstellten. Die erschrockenen Passagiere wagten nicht, Widerstand zu leisten, und so konnten die Räuber alles, was ihnen wertvoll erschien, ungehindert an sich nehmen. Sie raubten den Fahrgästen Uhren, Ketten, alle Schmuckstücke und bares Geld. Die gesamte Beute steckten sie in eine Reisetasche, die sie einem der Fahrgäste fortgenommen hatten. Als es nichts mehr zu plündern gab, traten sie, einer nach dem andern, den Rückzug an, mit schußbereiten Revolvern die Überfallenen in Schwach haltend. Es gelang ihnen, mit ihrer reichen Beute in die im nächsten Dunkel liegenden Schonungen zu verschwinden.

Bermischtes

Der „Imperator“ unter englischer Führung. Ein norwegischer Kaufmann aus Bergen, der die erste Fahrt des „Imperator“ von New York nach England mitmachte, berichtete folgendes: „Vor der Ausfahrt des deutschen Riesenschiffes „Imperator“, das jetzt von den Engländern übernommen worden ist, wurde von amerikanischer Seite die notwendige Kohle verweigert. Schließlich wurde der Brennstoff anderweitig beschafft, und der „Imperator“ fuhr in See. Auf offenem Meer drehte sich plötzlich das Riesenschiff in beängstigender Weise um sich selbst; es gelang erst nach langer Zeit und mit vieler Mühe, den alten Kurs wiederzugewinnen. Während das Schiff unter deutscher Führung 22 Knoten lief, brachte es bei englischer Kapitän am ersten Tage auf 6 Knoten, am zweiten auf 5, am dritten auf 12 usw. Obgleich fast Windstille herrschte, legte sich der „Imperator“ dann plötzlich mitten auf hoher See ganz nach rechts, lag so stundenlang und trieb hilflos umher. Es herrschte auf dem Dampfer eine unbeschreibliche Panik. Das Steuer war gebrochen. In diesem kritischen Augenblick wurde folgende Besatzungsmaßnahme erlassen: Da Kapitän und Besatzung zum ersichtlichen Auf diesem Schiffe fahren und Verhältnisse von Turbinen und Maschinen nicht kennen, wird hierdurch jede Auskunft und Verantwortung über Unregelmäßigkeiten abgelehnt!“ Anstatt sechs Tage war der „Imperator“ vierzehn Tage unterwegs. In den letzten Tagen gab es keinen Tropfen Wasser mehr auf dem Schiffe, und außer Hafersoden nichts zu essen. Aus den Wasserleitungen kam Staut Wasser, weil die Rohre falsch verschraubt waren. Die englischen Zeitungen berichteten hierzu nur folgendes: „Ein riesiger Sturm hat die Fahrt des „Imperator“ verzögert!“

Haus, Hof, Garten.

Etwas über die Staupe des Hundes.

Hochwahrscheinlich entsteht diese bekannte und mit Recht gefürchtete Krankheit des Hundes durch kleine Pilze, welche mit der eingeatmeten Luft in den Körper des Tieres gelangen. Besonders empfänglich sind junge, namentlich schwache Tiere, gegen das Staupegift; dahingegen werden ältere Hunde nur in seltenen Fällen von dieser Krankheit befallen. Sobald ein Hund den Krankheitserreger in sich aufgenommen hat, erkrankt er unter den Erscheinungen eines mehr oder weniger heftig ausbrechenden Katarrhes, zu dem sich im späteren Verlaufe Krämpfe, Rhythmuserscheinungen, Augenentzündungen und Hautkrankheiten gesellen können. Sofern in der Hauptphase der Atmungsapparate ergriffen ist, dann weisen die Patienten außerordentlich häufig und reiben, wo nur möglich, fortwährend die Nase. Recht charakteristisch ist der sehr bald sich einstellende eitrige Karakterschleim. Wenn später auch die Lunge ergriffen ist, dann bemerkt man auch eine erschwerte Atmung. Gleichzeitig bestehen Störungen der Verdauung, Erbrechen und Verstopfungen wechseln nicht selten mit Durchfällen ab. In den meisten Fällen sind die Augenslider durch einen eitrigen schleimigen Ausfluß verklebt, die Hornhaut hat ein trübes Aussehen. Man unterscheidet bei diesem Uebel zwei Formen, und zwar die Muskel- und nervöse Staupe. Bei letzterer stellen sich oft Krämpfe ein, die Tiere laufen im Kreise herum, rennen selbst gegen Gegenstände, das Hinterbein wird ganz oder teilweise ge-

Gräfin Pia.

Roman von H. Courths-Walcher.

8. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Pia sprang auf und strich sich das Haar aus dem Gesicht. Die goldbraune Füst umhüllte sie wie ein herrlicher Mantel.

„Wahrscheinlich — ja wahrscheinlich war ich eingeklärt, es ist gut, daß Sie kamen, Martha.“ stammelte Pia verwirrt. Und dann fuhr sie fort:

„Nun flechten Sie mir schnell mein Haar ein. Es ist wohl schon spät?“

„Gleich ein Uhr, gnädige Komtes.“

„Ach — da habe ich Sie lange warten lassen. Sie werden müde sein.“

Martha büttete sorgsam das Haar ihrer jungen Herrin.

„O, das ist nicht schlimm, darauf brauchen Komtes nicht zu achten.“

Als das Haar geordnet war, sagte Pia, sich bemügend, in einem ruhigen, selbstverständlichen Ton zu sprechen:

„So, Martha, nun gehen Sie zu Bett und wecken Sie mich morgen früh um sieben Uhr. Ich reise nach Hause mit dem Neumuhzug.“

Martha war sehr erstaunt.

„Schon morgen früh? Soll ich da nicht packen, gnädigste Komtes?“

„Nein — das können Sie morgen in aller Ruhe tun. Sie sollen mir erst übermorgen nachkommen — so habe ich's mit der Frau Gräfin besprochen. Ich wollte zwar erst um elf Uhr fahren, aber ich habe mir überlegt, daß der Neumuhzug günstiger ist. Die Frau Gräfin darf aber keinesfalls in ihrer Warenruhe gestört werden, ich hinterlasse ihr Nachricht.“

Martha murrte sich wenig. Sie hat's bereits gehört, daß Komtes in dieser Nacht nach Schloß Barchenau reisen

würde und daß sie ihre junge Herrin dort hin begleiten sollte. Es kam nun freilich ein wenig plöglich, aber daß vornehme Herrschaften zuweilen ihre Domestiken mit derartigen schnellen Entschlüssen überraschen, war Martha gewohnt aus früheren Stellungen.

Dann war Pia allein.

Fröhlich und herbenselend lag sie im Bett. Schlafen konnte sie nicht. Wie glatt ihr diese Lüge Martha gegenüber über die Lippen gekommen war! — Papa hatte recht, in der großen Welt lernt man die Lüge kennen.

Sie hätte ja auch in diesem Falle die Wahrheit nicht sagen können. Und wieviel wußte sie nun schon von Welt und Leben, daß in diesem Falle jedes Aufsehen vermieden werden mußte. Die Dienerschaft durfte nicht wissen, daß sie entfliehen wollte ohne Bewußtsein der Gräfin: Tante Maria würde dann schon weiter forschen, daß alles ganz selbstverständlich ausfiele. Sie war ja so klug, so gut und verständnisvoll.

„Ach — ihr hätte sie alles sagen können, was ihr Herz bedrückte — wenn eben nicht Hans Ried ihr Kesse gewesen wäre.“

Und nun überlegte sie ganz ruhig ihren Futuchston. Geld besaß sie genug, um nach Hause zu kommen. Vom Bahnhof aus wollte sie an den Vater depeichieren, daß er einen Wagen an die Station schicke. Der Zug ging gleich nach neun Uhr ab, das mußte sie, und Tante Maria erhob sich erst um neun Uhr. Dann war sie schon fort.

Sie mußte natürlich eine Nachricht hinterlassen für Tante Maria — und auch für Hans. Und da würde sie abermals lügen müssen, weil sie die Wahrheit um keinen Preis sagen durfte.

„Ach, wie schwer, wie furchtbar schwer war das Leben doch für sie geworden.“

Als der erste Sonnenstrahl durch die Vorhänge fiel, erhob sich Pia und schlüpfte in ein weiches, warmes Morgenkleid. Es war ein japanisches leidendes Gewand mit gestepptem Seidenfutter und daunenleicht.

„Leise ging sie hinüber in ihr Schlafzimmerchen und lehnte sich an den Schreibtisch.“

Das blasse müde Gesichtchen in die Hand gestützt, überlegte sie noch ein Weilchen, was sie schreiben sollte. Und dann lag die Feder heftig über das Papier.

Erst schrieb sie an Tante Maria, dann an Hans. Beide Briefe kverfertigte und adressierte sie und steckte sie in ein größeres Kuvert, das sie an die Gräfin adressierte.

Dann stand sie lange am Fenster und sah trübten Auges in das erwachende Leben. So eilig war ihr zu Mute, daß sie gleich hätte sterben mögen. Fröhlich schauerte sie zusammen. Dann klopfte Martha leise an und trat ein.

Pia ließ sich äußerlich ganz ruhig antkleiden, und als sie fertig war, ließ sie sich eine Tasse Tee und ein Brötchen bringen, um nicht Verwunderung zu erregen, daß sie ohne Frühstück abreiste.

Sie sagte Martha scheinbar ruhig noch Bescheid bezüglich des Packens. Und als es Zeit war, ließ sie sich einen Wagen holen.

Das Schlafzimmer der Gräfin lag, wie ihres, nach hinten heraus. Selbst wenn sie zufällig schon auf sein sollte, sah sie den vorkahrenden Wagen nicht.

„Sie können mich zum Bahnhof begleiten, Martha. Aber, bitte, geben Sie Rosa diesen Brief. Sie soll ihn der Frau Gräfin abgeben, sobald diese sich erhoben hat, damit sie gleich erfährt, daß ich schon diesen Zug benutzt habe.“

Martha brachte Rosa den Brief, ohne Argwohn zu schöpfen. Dann begleitete sie ihre junge Herrin nach dem Bahnhof, geleitete sie bis an den Zug und fragte nach weiteren Befehlen. Pia übergab ihr die Depeche an ihren Vater zur Beforgung und lehnte sich dann blaß und erschöpft in die Kissen zurück.

Seht erst überfiet sie ein nervöses Zittern, eine namenlose Angst, daß ihre Füst in ein trüb entdeckt werden könnte. Wenn Hans jetzt plötzlich vor ihr auftaucht wäre, so hätte sie sicher laut aufgeschrien.

(Fortsetzung folgt.)

lähmt. Bei dieser Form kann man leicht die Krankheit mit Toluol verwechseln. In schweren Fällen zeigen die Tiere ein höchst elendes und jämmerliches Aussehen, sie verbreiten dabei einen ekelhaften Geruch. In selteneren Fällen fallen am Bauche und an den Innenflächen der Hinterextremitäten die Haare aus, und es bilden sich Knötchen, Bläschen und Krusten. Treten diese Erscheinungen auf, dann hat man es mit der sog. Hauttaupe zu tun. Der Hundekaupe erliegen sehr viele Tiere, selbst die zu Anfang leicht erscheinenden Erkrankungen nehmen häufig und sehr schnell einen unangünstigen Verlauf. Die Behandlung der Krankheit erfordert in erster Linie eine passende Regelung der Ernährung. Das Futter muß zwar kräftig, aber leicht verdaulich sein. Wenn Katarrhe vorhanden sind, dann bringt man den Patienten an einen gut gelüfteten, aber zugfreien, warmen Ort. Man nehme die Tiere nicht mit auf ausgedehnte Spaziergänge, sondern beschränke den Aufenthalt im Freien auf das geringste Maß. Ferner empfiehlt es sich, dem Patienten die Brustwandungen mit Senföl einzureiben, sodann einen feuchtwarmen Umschlag zu machen. Bei anhaltenden Diarrhöen und quälendem Husten empfiehlt sich das Dower'sche Pulver, wovon man je nach der Größe des Hundes täglich 0,5–1,0 Gramm gibt, und zwar am besten mit etwas gebäcktem Fleisch oder in einer Oblate. Bei Augenentzündungen macht man Umschläge mit einer Lösung von 4 Gramm Zinkvitriol und 1/4 Liter warmem Wasser. Bei der nervösen Staupung ist vor allen Dingen Ruhe und Wärme erforderlich. Man hält den Patienten sorgfältig in Decken und verabreicht ihm Thymian- oder Valerianee. Wird dem an Staupung erkrankten Hunde zeitig Hilfe und sachgemäße Behandlung zuteil, dann ist eine Heilung selbst in schweren Fällen wohl möglich.

Zaunpfosten aus Beton.

Zu Zäunen für Viehweiden, Geflügelhöfe, Obstgärten, Wildgatter usw. verwendet der Landwirt mit Vorliebe Holz, und dagegen ist, bei richtiger Präparierung der Pfosten gegen Fäulnis, nichts einzuwenden, wosern das Holz in der Gegend billig ist. Wo aber Eisen oder Stein verwendet werden müssen, sollte sich der Landwirt überlegen, ob es nicht billiger für ihn ist, Betonpfosten zu verwenden. Das wird daraus ankommen, wie teuer das Baumaterial, der Zement, zu beschaffen ist, und ob Kies und Sand zur Verfügung stehen. In diesem Falle kann der Landwirt sein eigener Pfostenfabrikant werden. Man läßt sich vom Tischler oder Zimmermann aus starken



Zaunpfosten aus Beton.

durch Einwirkung gegen das Verwerfen geschützten Brettern eine Form für die Pfosten machen, die drei Seiten hat, von denen eine abnehmbar ist. Aus Kies, Sand und Zement wird der Beton in leichtfeuchter Mischung richtig vermergt und dann die Masse in die Form fest eingestampft. In die Mitte werden 1 bis 2 dünne Eisenstäbe eingebet. Dann wird die Form völlig gefüllt und alles gehörig festgestampft. Die Form für die Drahtspannung werden gleich bei der Herstellung ausgepart. Nach fünf Tagen kann man den Pfosten schon aufrecht hinstellen, nach zwei Wochen ist er fest und fertig. Während Stein überall teuer kommt, Eisen wiederholten Schanzstrich braucht und kostet, sind die Betonpfosten irgendwelcher Unterhaltungsarbeiten nicht bedürftig, sie werden im Gegenteil durch die Luft und deren Feuchtigkeit immer fester, können auch nur durch Gewalt zerstört werden. Man kann sie später immer wieder, wenn der Raum anders verwendet oder das Obfland vergrößert wird, ausgraben und an anderer Stelle wieder benützen. Wo sie in der ursprünglichen Herstellung nicht zu teuer kommen, sind sie auf die Dauer auch billiger als Holz. Es gibt übrigens auch im Handel fertige Formen, die versetzbar sind und das Herstellen von Pfosten in jeder Größe ermöglichen. Diese Formen haben den Vorzug, daß die darin „gebildeten“ Pfosten ganz bedeutend gefälliger aussehen, als die in selbst hergestellten. Die Betonpfostenfabrikation ist eine gute Arbeit für die alle Zeit, solange es nicht friert, bzw. wenn man einen frostfreien Raum dafür zur Verfügung hat.



Was bedeuten 226 Milliarden Goldmark?

19 Kohlenzüge von der Erde

bis zum Mond

Die durchschnittliche Jahresrate von 3,4 Goldmilliarden ergäbe einen Kohlenzug, der 4 1/3 x um den Äquator reichte!

Die 226 Milliarden Goldmark, welche in Paris von uns verlangt werden, sind eine Summe, deren Höhe

nicht ohne weiteres vorstellbar ist. Um überhaupt eine Anschauung von der Größe dieser von der Entente geforderten Geldsumme zu bekommen, sei ihr Wert in Kohle dargestellt. Die deutsche Jahresförderung an Steinkohle betrug im Jahre 1920 130 Millionen Tonnen. Verechnet man den Wert der Tonne Kohle nach dem heutigen Preis mit 20 Goldmark, so könnte man für 226 Milliarden Goldmark 11,3 Milliarden Tonnen Kohle kaufen. Deutschland brauchte ungefähr 87 Jahre, um diese Menge zu fördern, welche das Äquivalent für die verlangte Summe darstellen würde. Um diese Kohlenmenge abzutransportieren, wären 750 Millionen Eisenbahnwaggons zu 15 Tonnen Ladegewicht nötig. Diese ergeben einen Zug von 7 1/2 Millionen Kilometer Länge, d. h., man könnte sie in 19 einzelne Kohlenzüge zerlegen, von denen jeder von der Erde bis zum Mond reicht. Der Durchschnitt der 42 Jahresraten beträgt 5,4 Milliarden Goldmark. In derselben Weise wie oben berechnet, würde eine solche Jahresrate einem Kohlenzug entsprechen, der 4 1/3 mal um den Äquator reicht.

Neueste Meldungen.

Deutsches Eisenbahnmateriale für Rußland.

Rassel. Zwischen der Firma Hentschel u. Sohn in Rassel bzw. der Deutsche-Lithographiegruppe und der Sowjetregierung ist vor kurzem in Stockholm ein neuer Abchluß auf Lieferung einer größeren Anzahl Lokomotiven sowie sonstigem Eisenbahnmateriale zustande gekommen.

Verändertes Wahlergebnis.

Salle a. S. Die amtliche Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlkreis 11 (Halle-Merseburg) ergibt infolge einer Aenderung, als die Kommunisten nur vier Mandate erhalten, da ihre Stimmenzahl statt der anfänglich gemeldeten 34 000 nur 197 000 beträgt.

Berechtigung des U-Bootkrieges.

Paris. Das offizielle Organ des französischen Marineministeriums macht in einem Artikel aussehenderen Erläuterungen, der deutsche U-Bootkrieg sei vollkommen gerechtfertigt, und das Gegenteil zu behaupten nicht nur falsch, sondern schiffe auch ein durchaus unzutreffendes Bild vom militärischen Standpunkte aus. Es müsse mit dem Glauben aufgeräumt werden, daß der Gebrauch der U-Boots-Waffe durch die Deutschen mit den Grundsätzen des internationalen Krieges nicht zu vereinbaren gewesen sei.

U-Bootunternehmungen in Polen.

Warschau. Die das Warschauer Ministerium des Innern mittel, sind in der Bank der polnischen Kaufmannschaft ungefähr Werte im Betrage von 28 Millionen Mark veruntreut worden. Der gesamte Bestand, Direktoren und Profuristen, wurden verhaftet. Sie gehörten fast ausschließlich der nationaldemokratischen Partei an.

Die Einwanderung in Palästina.

Jerusalem. Im Jahre 1920 sind in Palästina 10 000 Juden eingewandert. In diesen Jahren sind 3000 palästinaische Rückwanderer eingeschlossen. Die durchschnittliche monatliche Einwanderung in Palästina beträgt zurzeit 1000 Personen. Der Chef des Einwanderungs-Departements der Jüdischen Kommission erwartet während der nächsten 12 Monate etwa 15 000 bis 20 000 Einwanderer.

Krieg zwischen Panama und Costa Rica.

Panama. Die Feindseligkeiten zwischen den Streitkräften der Republik Panama und Costa Rica sind eröffnet worden. Eine formelle Kriegserklärung ist noch nicht erfolgt. Nach einer Meldung aus Washington hat Costa Rica die unmittelbaren Grenzgebiete besetzt und die Truppen von Panama betreten. In Panama hat man sofort begonnen, Rekruten zu den Bahnen zu rufen. Jedoch wird der Verkehr in den Kanälen bis jetzt ohne Störung durchgeführt.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Vor Eröffnung der Londoner Beratungen.

London, 1. März. (tu.) Es scheint festzustehen, daß die Pariser Sanctionen weitere Abmachungen unter den Alliierten voraussetzen, ehe sie praktisch anwendbar sind. Erfür wurde ein Auspruch eingesezt, der die Möglichkeit wirtschaftlicher Sanktion unterzucht soll für den Fall, daß Deutschland seine Reparationspflicht nicht erfüllt. Außerdem wurde der Beschluß gefaßt, daß die Reparationsordnung vor den militärischen Angelegenheiten auf die Tagesordnung zu setzen ist und zwar auf französisches Verlangen.

Einigkeit über wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen.

Paris, 1. März. (tu.) Havas meldet: In seiner letzten Rede wird Dr. Simons ausdrücklich über die Mittel, wie Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommen wird, sprechen. Im Namen der Alliierten wird Lloyd Georges antworten und besonders Gewicht darauf legen, daß die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete unbedingt erforderlich sei. Es geht aus den Besprechungen der Premierminister hervor, daß Einigkeit darüber besteht, wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen einzuführen.

Generalfstreik in Polen.

Warschau, 1. März. (tu.) In sozialistischen und kommunistischen Kreisen wurde mit aller Schärfe der Generalfstreik aller Arbeiter zum Protest gegen die Militartarifierung der Bauern propagiert. Der Streikparade widersetzte sich bisher nur die lokal bekannte kleinere Gewerkschaftsgruppe, so daß vornehmlich der Generalfstreik ziemlich allgemein durchgeführt werden wird.

Hestige Straßenkämpfe in Moskau.

Königsberg, 1. März. (tu.) Nach einem Telegramm aus Riga sind am 25. Februar in Moskau gegen 14 000 Arbeiter in den Ausstand getreten und haben Erhöhung der Brotration, die Sicherung des freien Handels, Anerkennung der bürgerlichen Freiheitsrechte und Einberufung der Konstituante gefordert. Nachdem sich während des Ausstandes die Soldaten der Roten Armee geweigert hatten, auf die Arbeiter zu schießen, kam es zwischen den Aufständischen und einem Teil zusammengefügter kommunistischer Abteilungen zu heftigen Straßenkämpfen. Viele Arbeiter wurden verwundet und getötet. Die Soldaten der regulären Roten Armee gingen massenweise zu den Aufständischen über. Die extremen kommunistischen bewaffneten Abteilungen sind alle mobilisiert. Die öffentlichen Gebäude werden militärisch überwacht.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, am 1. März 1921.

An die Bevölkerung Sachsens! Der Tag für die Volksabstimmung über das Schicksal Oberschlesiens steht nunmehr fest. Unverzügliche Pflicht jedes Abstimmungs berechtigten ist es, für seine engere Heimat, für Sachsen und für Deutschland die Nähe der Abstimmungsreise auf sich zu nehmen und seine Stimme abzugeben. Die ver-

einigten Verbände heimattreuer Oberschlesier haben dafür gesorgt, daß die Reise für jeden erleichtert und ein Unterkommen in der oberschlesischen Heimat ihm sichergestellt wird. An die Bevölkerung ergeht der Ruf, den Abstimmungs berechtigten die Reise leicht zu machen, sie wenn nötig im Geßchaft und bei der Arbeit zu vertreten, ihnen in ihrem Hausstande zu helfen und sie bei der Erfüllung ihrer Abstimmungs pflicht zu unterstützen. Das alles kostet viel Geld! Es wird dringend ersucht, die Verbände heimattreuer Oberschlesier durch Geldzuwendungen zu unterstützen. Zahlungen nehmen die meisten Banken und Sparkassen entgegen. Oberschlesiens Schicksal und Deutschlands Schicksal sind unzertrennlich!

Der Kreisaußschuß beschloß in seiner letzten Sitzung eine Befürwortung des Antrags der städtischen Kollegien beim Ministerium, entgegen dem § 23 des Ortsgemeindegesezes und den Bestimmungen der Revidierten Städteordnung dem neuen Bürgermeister, Herrn Dr. Kronfeld, die Ausübung der Rechtsanwaltschaft und des Notariats unter den bekannten Bedingungen zu gestatten.

Der Missionszweigverein Wilsdruff und Umg. hielt am 15. 2 im „Weißen Adler“ seine Hauptversammlung ab. Nach Eröffnung derselben mit Gesang, Schriftvorlesung und Gebet begrüßte der Vorsitzende Pf. Heber, Risselsdorf, die Erschienenen und mahnte sie im Hinblick auf die Not der Zeit zu um so treuerem Festhalten an dem gottbefohlenen Werk der Mission. Darauf trug der Kassierer, Pf. Weber, Rimbach, die Jahresrechnung 1920 vor. Sie schließt ab mit einer Einnahme von 3139,15 M. und einer Ausgabe von 860,80 M. so daß ein Kasseebestand von 3079,35 M. verbleibt, der an den Hauptverein abgeliefert werden konnte. Dem Kirchenvorstand zu Sora wird die Rechnung zur Prüfung übergeben. Die vorjährige Rechnung ist vom Kirchenvorstand zu Burghardswalde geprüft worden. Sie wird richtig gesprochen und der Kassierer entlastet. Als 2. Vorsitzender wird gewählt Mühlensfelder Ruffen, Helbigsdorf, als Schriftführer Lehrer Rory. Sora, als dessen Stellvertreter Pf. Lange, Rißersdorf. Das diesjährige Missionsfest soll am 1. Sonntag n. Trin. 29. Mai, in Sora abgehalten werden. Berichterstatter soll Missionar Michel sein, während der Festprediger erst noch gewonnen werden muß. Pf. Weber regt an, daß die neu gegründete Gruppe der Sächsischen Missionskonferenz namentlich bei ihrer Ende Juni in Spechtshausen stattfindenden Tagung von Seite des Zweigvereins kräftig gefördert werden möge. Darauf erzählte Missionar Müller in fesselter und ergreifender Weise von seiner Tätigkeit unter den Wabshagga in Deutschostafrika, wo er von 1893—1920 in Segen gewirkt hat. Einen Bericht darüber haben wir bereits gebracht. Mit einem kurzen Dankeswort des Vorsitzenden und gemeinsamem Gesang wurde die anregende Versammlung geschlossen.

Krüppelhilfe im Bezirk der Amtshauptmannschaft Reizen. Infolge eines mit dem Verein Krüppelhilfe getroffenen Abkommens finden allmonatlich Sprechstunden statt, in welchen alle im Bezirke der Amtshauptmannschaft wohnenden Krüppel unentgeltlich Untersuchung und Beratung durch einen Spezialarzt genießen. Die nächste Sprechstunde findet am 2. März 1921 nachmittags von 4—5 Uhr in Reizen, Rosengasse 7, statt.

Erhöhung der Milchpreise. Nach eingehenden Verhandlungen mit allen beteiligten Kreisen der Erzeuger, der Molkereien, des Milchhandels und der Verbraucher der verschiedenen Teile des Landes hat sich das Wirtschaftsministerium entschlossen, den Stallpreis für Vollmilch von 1 Mark auf 1 45 M. zu erhöhen. In ähnlicher Weise werden die Zuschläge und die Handelspreisen gesteigert. Die Forderungen der Landwirte gingen über die bewilligten Sätze erheblich hinaus.

Die Durchführung des Reichsversorgungsgesezes erfordert eine Umänderung der den Rentenempfängern nach den bisherigen Gesezen zustehenden Rechte. Hierzu ist die Mitwirkung der betroffenen Kriegsbeschädigten erforderlich. Ein großer Teil der Rentenempfänger hat den Aufenthalt gewechselt, ohne daß die Versorgungsbehörde Kenntnis davon erhalten hat, weil der An- und Abmeldezwang fortgefallen ist. Das führt zu einem langwierigen Schriftwechsel zwischen dem Versorgungsamt und der Pensionsregelungsbehörde, der die Arbeit der Umänderung zum Nachteil des Rentenempfängers verzögern muß. Es liegt daher im Interesse des Kriegsbeschädigten, der aus dem Bereich seines bisher zuständigen Versorgungsamtes (früher Bezirkskommando) verzogen ist, dies unter Angabe des nunmehrigen Wohnortes mitzuteilen, damit das Versorgungsamt das Material aus dem jetzt zuständigen Versorgungsamt überfordern kann. Weiterhin liegt es im Interesse des Kriegsbeschädigten, sich die für die Umänderung erforderlichen Unterlagen rechtzeitig zu beschaffen, und zwar in der Hauptsache folgende Urkunden: Heirats- und Sterbeprotokolle, falls die Frau verstorben ist, und Geburtsurkunden der Kinder. Für die letzteren sind Bescheinigungen in abgekürzter Form zulässig, die von den Standesbeamten kostenfrei ausgestellt werden. Die Geburtsurkunden für die Kinder sind nicht beizubringen, wenn die Richtigkeit der Angaben des Beschädigten in den Spalten des Fragebogens amtlich bescheinigt wird. Wenn Familienstammbücher vorhanden sind, können diese beigelegt werden. Alle Urkunden werden zurücksgegeben. Eine polizeiliche Bescheinigung, aus der zu ersehen ist, wie lange der Beschädigte an dem Orte wohnt, diezu als Unterlage für die Festsetzung der Ortszulage.

Die neuen Gütertarife. Am 1. April d. J. treten im deutschen Güterverkehr die neuen Tarife in Kraft. Im Stückgutverkehr erhöhen sich die Sätze um 33 Prozent, in den Güterklassen A um 30, B um 75, C um 70, D um 60 und E um 50 Prozent, während sich im Tierverkehr sämtliche Sätze einheitlich um 33 Prozent erhöhen. Aus Anlaß der Erhöhungen werden neu herausgegeben: der Frachtschleiher und eine Umrechnungstafel zum Tierfrachtschleiher. Die Erhöhung der heutigen Sätze übersteigen. Die neuen Erhöhungen der Personalfahrpreise werden voranschließlich erst am 1. Juni eingeführt.

Die Zusatzsteuer vom reichsteuerfreien Mindesteinkommen. Dem Landtage ist jetzt der Regierungsentwurf eines Gesezes, die Zusatzsteuer vom reichsteuerfreien Mindesteinkommen betreffend, zugegangen. Der Ministerpräsident bittet um eine beschleunigte Erledigung der Vorlage, damit die Gemeinden sich nach Verabschiedung des Gesezes noch im März schlüssig werden können, wie sie sich einrichten

wollen. In der Begründung des Gesetzentwurfes heißt es: Für das Steuerjahr 1920 hat der Reichsfinanzminister auf Grund der ihm erteilten Ermächtigung, um die Veranlagung der Steuer durch die Finanzämter überhaupt zu ermöglichen, bestimmt, daß die Gemeinden sie mit dem Höchstmaß von der Hälfte der reichsteuerfreien Einkommensteile erheben müssen. Nur die vollständige Freilassung der Steuerpflichtigen mit keinem Gesamteinkommen und die Heranziehung des ganzen reichsteuerfreien Einkommens bei Ledigen wurde den Gemeinden überlassen. Das vorliegende Gesetz kann erst für die Zusatzsteuer auf die Rechnungsjahre nach dem 31. März 1921 gelten, da die Reichsvorschriften ein früheres Wirksamwerden nicht zulassen. Die Landesfinanzämter sowie die beruflichen Vertretungen sämtlicher Gemeindeorganisationen haben dem Gesetzentwurf einhellig zugestimmt.

— Verbilligung der Vorortstarife? Wie wir erfahren, findet demnächst auf Antrag Sachsens und verschiedener süddeutscher Staaten eine Konferenz über streitige Eisenbahnfragen mit dem Reichsverkehrsministerium statt. N. a. soll auch die Frage der Verbilligung der Vorortstarife beraten werden. Sachsen verlangt bekanntlich seit Jahr und Tag eine Ermäßigung der Vorortstarife für Dresden, Leipzig und Chemnitz mit der Begründung, daß kein Anlaß bestehe, nur Berlin und Hamburg derartige Vergünstigungen teilwerden zu lassen. Diese Frage ist bereits vor kurzem bei den entscheidenden Beratungen über die Erhöhungen der Personen- und Gütertarife gestreift worden, aber die Vertreter des Reichsverkehrsministeriums haben die Erweiterung der billigen Vorortstarife abgelehnt mit Rücksicht auf die wahrscheinlich dadurch entstehenden finanziellen Ausfälle. Da jedoch nicht nur Sachsen, sondern auch andere Staaten an dieser Frage lebhaft interessiert sind, soll sie erneut eingehend beraten und hoffentlich einer entgeltlich positiven Lösung zugeführt werden.

— Die bayrischen Kartoffel- und Fleischlieferungen für Sachsen. Auf der letzten Ernährungs-Konferenz in München hatten die sächsischen Vertreter Gelegenheit, wegen der Lieferung von bayrischen Kartoffeln nach Sachsen mit dem bayrischen Wirtschaftsministerium in Fühlung zu treten. Das Ergebnis war, daß von Bayern keine größere Zufuhr von Kartoffeln zu erwarten ist, weil in Bayern selbst starker Mangel an Kartoffeln herrschen soll. Es werden höchstens noch 7000 Zentner Kartoffeln im Austausch für Rohmaterial für die sächsischen Bergarbeiter

geliefert. Wegen der Lieferung von bayrischem Fleisch für Sachsen konnte eine Erleichterung in der Richtung durchgesetzt werden, daß jetzt jeder einzelne sächsische Händler die bayrischen Viehmärkte besuchen und dort durch bayrische Händler einkaufen kann. Nötig ist nur eine sächsische Ausweiskarte. Bekanntlich war bisher nur die sächsische Viehhändlergesellschaft berechtigt in Bayern einzukaufen.

— Deutschnationaler Landesparteitag. Der Landesparteitag der Deutschnationalen Volkspartei hat am Sonntag hier begonnen. Die Tagung wurde am Nachmittag im Kasinoaal mit einer Sitzung des Parteiausschusses eingeleitet. Alle Teilnehmer vereinigten sich zu einer einmütigen Kundgebung gegenüber den unerhörten und unerfüllbaren Pariser Forderungen. Aus dem vom Rechtsanwalt Dr. Philipp-Dresden erstatteten Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß der Ausbau der deutschnationalen Parteiorganisation vorwärtsgewandert ist und das Anwachsen der Mitgliederzahl seit dem letzten Landesparteitag wiederum ununterbrochen angehalten hat. Die Haltung der Landtagsfraktion in der Frage der zwangsweisen Eingemeindung von Dresdner Vororten wurde gebilligt. Wiener Chemnitz erläuterte die Haltung der deutschnationalen Fraktion bei den Beratungen des Reichstages in der letzten Zeit, während Justizrat Beutler-Chemnitz sich über die Haltung der Landtagsfraktion in der Frage der Regierungsbildung sowie über die von der Fraktion der Regierung gegenüber künftig zu beobachtende Stellung aussprach. In der Aussprache ergab sich eine allgemeine Zustimmung zu der Haltung beider Fraktionen.

— Lastkraftwagensteuer in Sachsen. Wie aus guter Quelle verlautet, plant die sächsische Regierung die Einführung einer allgemeinen Lastkraftwagensteuer für den ganzen Freistaat Sachsen. Verschiedene sächsische Orte haben eine solche Steuer bereits eingeführt, so Dresden, Werbau usw. Sie werden die Pläne des Staates nur mit gemilderten Gefühlen aufnehmen, da ihnen dadurch wiederum eine Einkommensquelle genommen wird. Da aber der Staat große Ausgaben für die Erhaltung der Straßen zu machen hat, kann man ihm schließlich die Erhebung dieser Steuer nicht verdenken.

— Die Erwerbslosenziffern in Sachsen. Ueber den Stand der Erwerbslosenziffern erfahren wir folgende Ziffern: Am 1. Februar betrug die Zahl der Vollerwerbslosen in Sachsen 75972 Männer und 22988 Frauen, zusammen 98960 Personen. Dazu kommen noch 123206 Zuschlags-

empfänger. Vom 1. bis 31. Januar wurden im Ganzen 33490520 Mark an Erwerbslosen-Unterstützung gezahlt.

— Sämtlichen sächsischen Beamten der Beitritt zur Orgesch verboten. Minister Lipinski hat sämtlichen Beamten den Beitritt zur Orgesch verboten. Soweit bisher Beamte der Orgesch beigetreten sind, ist von den Behörden das Erforderliche gegen sie zu veranlassen.

— Grumbach. In der am vergangenen Sonnabend stattgefundenen Generalversammlung des hiesigen Militärvereins trat Herr Fleischbeschauer Moritz Kühne von seinem 32 Jahre innegehabten Vorstandsamt aus Gesundheitsrücksichten zurück. Mit allen Kräften hat er diese lange Zeit für den Verein gewirkt, er wurde deshalb zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Als sein Nachfolger wurde Herr Guttschlag Umlauf einstimmig gewählt. Möge auch ihm vergönnt sein, lange Jahre den Verein zu führen.

— Grumbach. Der Reinertrag der beiden Aufführungen des hiesigen Frauenvereins beläuft sich auf 1600 Mk. Allen, die dazu beitrugen, wird auch hierdurch herzlich Dank gesagt.

— Mohorn. Zwei Jagdbezirke wurden hier an Dresdner Großkaufleute verpachtet; für den einen Bezirk zahlte man 3500 Mk. (800 Mk. frühere Pacht), für den anderen 4400 Mk. (500 Mk. früherer Pacht). — Am 1. März wird hier eine Gendarmeriestation errichtet. — Gemeindevorstand Wülfner wurde wiederum auf 6 Jahre als Vorstand gewählt.

— Leisnig. Die hiesige priv. Bürger-Schützengesellschaft begeht vom 29.—31. Mai das 500-jährige Jubiläum ihres Bestehens.

— Leipzig. Ein Dieb, der sich belohnen läßt, ist vor 20 Jahre alte Arbeiter B. von hier. Er stahl eine Schottische Karte und verkaufte sie. Kurz darauf suchte er den Bestohlenen auf und verwies ihn an den Käufer. Für seinen Hinweis erhielt er nicht nur 20 Mark in bar, sondern auch verschiedene Rauchmaterialien als Belohnung. Schließlich wurde der belohnte Dieb entlarvt und verhaftet.

Kirchennachrichten.

Wilsdruff.

Rittwoch den 2. März nachmittags 5 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl. — Abends 7,8 Uhr Bibelstunde.

Grumbach.

Rittwoch den 2. März vorm. 10 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl.

Sora.

Donnerstag den 3. März abends 7 Uhr Passionsbestehunde.

Nach langem schweren Leiden entschlief am Sonntag abend 1/2 6 Uhr bei ihren Kindern, wo sie Wensung suchte, unsere liebe, gute Mutter

Frau Emilie Schulze
geb. Bugge.

Dresden-Cotta, Bennischer Straße 10 p.

In tiefstem Weh
Arthur Schulze und Frau
nebst Angehörigen.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittags in Unterisdorf statt. 2033

Lindenschlößchen.

Mittwoch den 2. März

Karpfenschmaus
mit feinem Ball

wozu nur hierdurch freundlichst einladen
Ernst Horn und Frau.

Donnerstag den 3. März 2026

Lichtspiele.

Persil

wäscht schneeweiß,
ersetzt Rasenbleiche,
schont und erhält die Wäsche,
spart Arbeit
Säbe u. Kohlen.

Bestes selbsttätiges
Waschmittel

Preis Mk. 4.— das Paket
Beckel & Co., Düsseldorf

Oswald Mensch Nachf.

Inh.: Emil Mensch

Rossschlächterei, Pferdegeschäft u. Speisewirtschaft
Potschappel, Turnerstrasse 10 2024
Fernsprecher Amt Deuben 735
Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle.

Allen meinen werten Kunden von Stadt und Land hierdurch zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich mit dem 1. März d. J. mein

Landesprodukten-, Obst-, Gemüse- u. Fischwaren-Geschäft

an Herrn Walter Riemann verkauft habe.

Allen meinen werten Kunden von Stadt und Land danke ich für das mir in so reichem Maße geschenkte Wohlwollen herzlichst und bitte gleichzeitig, dasselbe auch auf meinen Nachfolger gütlich übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll **Fritz Breuer u. Frau.**

Auf Obiges bezugnehmend, erlaube ich mir die geehrte Girmohndschait von Wilsdruff und Umgegend in Kenntnis zu setzen, daß ich mit dem heutigen Tage das

Landesprodukten-, Obst-, Gemüse- u. Fischwaren-Geschäft

von Herrn Fritz Breuer in Wilsdruff käuflich erworben habe.

Es wird mein eifriges Bestreben sein, stets gute, reelle Ware zum Verkauf zu bringen und den Wünschen der geehrten Kundschait stets gerecht zu werden.

Ich bitte höflich, das bisher Herrn Breuer entgegengebrachte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen. Um gütige Unterstützung bittend empfehlen sich

Hochachtungsvoll **Walter Riemann u. Frau**

Buzgeschäft von Rosa Borrman

Dresdner Straße 66 — Edgeschäft

bietet das größte Lager in eleganten sowie einfach garnierten

Frühjahrs- und Sommerhüten.

Sport-, Backfisch- und Kinderhüte

in großer Auswahl, extra preiswert. 2000

Umarbeiten und Umpressen

von getragenen Hüten nach neuesten Fassons.

Gesangbücher,
Konfirmationsgeschenke
und Karten empfiehlt

2035 **Bruno Riemann,**
Freiberger Str., Gds. Feldweg.

Sauberes eheliches
Hausmädchen

16—18 Jahre, für 1. oder
15. März gesucht.
Wo? zu erfahren in der
Geschäftsst. d. Bl. un. 2031.

Modenalbum stets am Lager
Ledermaten billiger bei

Bruno Riemann. 2034

In Reifeisdorf oder
nächster Umgebung

Landhaus 2024
mit Stall und Gärten
bei Auszahlung zu kaufen
gesucht. Genaue Preis-
angebotsarbeiten an **Grimm,**
Potschappel, Thar. Str. 19.

Boranzzeige.
Forkhaus Wilsdruff.

Sonntag den 6. März

Skatournee

wozu einladet D. Zeutrig-

Einige hundert Fuhrer
guter Boden

(abgelagerter Leichschlamm)
können abgefahren werden

Mühle Steinbach
bei Reifeisdorf 2026

Schablonen
für Maurer und Maler
in neuer größter Auswahl
empfiehlt

Ernst Marg, Meißner,
Dahrmannsplatz 18/19.

Suche zum 15. März
oder 1. April ein eheliches
Kunderliebes

2. Mädchen.

Frau Fabrikbesitzer
Albert Müller,
Wilsdruff, Meißner Str.

Briketts

werden durch mein Lakauto ab Schacht angefahren

Holm Herrmann, Meißner, Massauweg 3. Fernruf 540.

Bruno Ehrlich

Rossschlächterei — Pferdegeschäft

Restaurant und Speisehaus „Zum mäden Ross“

Fernruf 74 Deuben-Dresden Fernruf 74

Bei Notfällen mit Transportwagen schnellstens zur Stelle

Kurt Siering, Potschappel.

Tharandter Strasse Nr. 25

Rossschlächterei, Speisewirtschaft u. Pferdegeschäft

Fernsprecher Amt Deuben Nr. 2151

Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle